

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

87 (15.4.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Legungspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich, Einzelexemplar 20 S. Ausgabe: Berlags mittags; Geschäftszeit: 1/8—1/4 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 80 S., auswärts 70 S. Die 2spaltige 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor

Millerands Rechtfertigungsversuch.

Paris, 14. April. In der gestrigen Kammerdebatte hat Präsident Millerand erklärt, während der Sommerferien habe die Regierung eine Initiative ergreifen müssen, über der er sich vor dem Parlament und dem Lande auszusprechen. Er legte die Ereignisse dar, die die Deutschen veranlassen, mehr Streitkräfte in die neutrale Zone einzumarschieren zu lassen, als es ihnen gestattet gewesen sei. Um das Verhalten Deutschlands zu beurteilen, müsse man wissen, daß es zuerst aus den militärischen Kreisen gekommen sei, die einen Staatskrieg unternehmen wollten und zwar zu der Zeit, da Deutschland noch keine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt hatte. Der Standpunkt der französischen Regierung sei gewesen, daß gewisse Bürgerchaften dafür sorgen werden müßten, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht verfehlt werde. Am 21. März habe er dem französischen Botschafter telegraphiert: Wenn die Deutschen selbst die im Ruhrgebiet eingetretenen Unruhen niederschlagen wollen, dann gibt es nur eine genügende Bürgschaft, ein Pfand. Die französische Regierung ist zu unterliegen. Er, Millerand, habe nicht vergessen, daß nichts wünschenswerter sei, als die normale Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Er verkenne die Schwierigkeiten nicht, mit denen die deutsche Regierung zu kämpfen habe. Heute wie gestern sei er bereit, dem Rechnung zu tragen unter einer Bedingung jedoch, daß die deutsche Regierung durch ihre Handlungen einen Beweis ihres guten Willens gebe.

Frankreich und England wieder Arm in Arm.

Paris, 4. April. (Diplomatische Lage.) Frankreich steht am Vorabend der Einigung mit England. Der englische Botschafter überreichte Millerand die Antwort auf die Note, die er tags zuvor erhalten hatte. Er brachte die Zusicherungen zur Kenntnis, die ihm seine Regierung übermittelt, bevor die näheren Angaben, die er von dem französischen Ministerpräsidenten zu verlangen beauftragt war, erfolgt waren. Die Erklärungen Millerands befriedigten den Botschafter. Die Verlängerung des am 10. April zu Ende gelangenen Uebereinkommens mit Deutschland betreffend die Befestigung der neutralen Zone wird in der Konferenz in San Remo zur Sprache kommen.

Bonar Law gab nachmittags im Unterhaus zufriedenstellende Erklärungen über die diplomatische Lage zwischen Frankreich und England ab und erklärte den Zwischenfall im Verlauf des Abend als erledigt.

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

BRN. Berlin, 14. April. Folgende Note ist von der deutschen Regierung an die Reparationskommission gelangt worden:

Die deutsche Regierung beehet sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 31. März zu bestätigen, welche die Antwort auf das Memorandum enthält, in dem um die Befreiung des für die deutsche Erfüllung notwendigen Schiffsraumes gebeten wurde. Nach dem Friedensvertrage und dem Memorandum angehängten Note der Alliierten, ist es der Reparationskommission zur Pflicht gemacht, auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen, insbesondere nicht durch die Erzwingung der Friedensbedingungen Deutschland so weit zu zerrüttern, daß seine Fähigkeit, den Wiederherstellungsverpflichtungen zu genügen, in Frage gestellt wird. Das von der deutschen Regierung überreichte Memorandum hat in kurzen Zügen die wirtschaftliche Lage Deutschlands geschildert und gezeigt, wie Deutschland ohne die Befreiung eines gewissen Schiffsraumes wirtschaftlich zusammenbrechen muß. Das Maritime Service, dem die deutsche Schiffsabdelegation dieses Memorandum vorgelegt und übergeben hatte, hatte zugesagt, daselbe mit einem entsprechenden Kommentar an die Reparationskommission weiter zu leiten. Dies ist geschehen. Die Reparationskommission hat das Memorandum für so wichtig gehalten, daß sie die deutsche Schiffsabdelegation nach Paris gebeten hat, um in Gegenwart des gleichfalls dort anwesenden Maritime Service die Sache nochmals zu vertreten. Das eingangs erwähnte Schreiben der Reparationskommission lehnt jedoch nunmehr den deutschen Antrag ab mit dem Bemerkten, daß keine genügenden Gründe vorgebracht seien. Die deutsche Regierung kann diese Entscheidung nicht billigen und sieht sich gezwungen, die bereits vorgelegte Denkschrift, schon eine mehr als eindringliche Sprache führt, wird die deutsche Regierung gleichwohl weiteres zahlenmäßige Material der Kommission unterbreiten. Sie wird zu gleicher Zeit einen bestimmten formulierten Antrag dahin stellen, die Schiffe, welche Art Schiffe und für welche Zeit die Reparationskommission sie Deutschland überlassen möge. Die deutsche Regierung wird sich erlauben, in einer zweiten Note demnach in diesem Sinne auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Vorsitzende der deutschen Schiffsabdelegation ist wegen der Fortsetzung der bisher in London geführten Verhandlungen betreffend die Abfertigung der Schiffe inzwischen unmittelbar mit dem Vorsitzenden des Maritime Service in London in Verbindung getreten.

Proteststreik in Cuxen-Malmedy.

Wagen, 14. April. Heute vormittag ist der Generalstreik in Cuxen, Malmedy und Montjoie ausgebrochen. Der Streik wendet sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der belgischen Regierung in Cuxen und Malmedy und gegen die Abtrennung der Montjoier Bahn an Belgien, die von der Grenzkommission beschlossen wurde. In Montjoie haben große vaterländische Kundgebungen heute vormittag stattgefunden.

Belgische Truppen in Frankfurt.

BRN. Frankfurt a. M., 14. April. Heute nachmittag sind belgische Truppen in Frankfurt eingerückt.

Zu wenig Krazfüße.

BRN. Frankfurt a. M., 14. April. Der Verein Frankfurt für Presse hat wegen der Beurteilung zweier Mitglieder wegen Verbreitung einer angeblichen falschen Nachricht bei dem kommandierenden französischen General schriftlichen Protest eingeleitet. Die beiden Unterzeichner des Protestes wurden nunmehr von dem kommandierenden General mit 1000 Mark Geldbuße bestraft, weil sie es in dem Schreiben an Ehreerziehung hätten fehlen lassen.

Türkische Friedensdelegation.

Paris, 14. April. Nach einer Meldung des „Temps“ kommen die türkischen Friedensdelegierten am 25. April in Versailles an. Sie werden im Hotel des Reservoirs wohnen.

Die Schulden des Zarreichs.

Paris, 14. April. Der „Matin“ meldet: In den Verhandlungen, die in Kopenhagen im Namen Frankreichs mit russischen Kommissaren geführt wurden, hätten sich die russischen Vertreter geweigert, die Schulden des alten russischen Reiches gegenüber Frankreich anzuerkennen. Sie hätten die Möglichkeit von Konzeptionen zur Ausbeutung der Bodenschätze Rußlands in Aussicht gestellt.

Generalstreik in Irland.

BRN. Amsterdam, 14. April. Nach dem „Telegraaf“ beträgt die Zahl der Ausländigen in Irland etwa eine Viertel Million. Einer Nachricht aus Dublin zufolge ist der Streik in den Großstädten Münster, Leinster und Connaught vollständig. Aus den Städten des südlichen Irlands wird berichtet, daß die Geschäfte schließen, ausgenommen die Lebensmittelversorgung. Unruhen wurden bisher nicht gemeldet.

Streitbewegung in Amerika.

BRN. New York, 14. April. Die Straßen- und Eisenbahnerstreiks sind in den westlichen Staaten unverändert. Dagegen ist in Ohio, in den Staaten Philadelphia, Baltimore und Trenton eine weitere Ausdehnung des Streikes zu verzeichnen. Mehrere Fabriken in Detroit haben schließen müssen, wodurch mehrere hunderttausend Arbeiter arbeitslos geworden sind. Auch in Ohio wurden mehrere Fabriken schließen. In Philadelphia ruht der Eisenbahnverkehr vollständig.

Reichstagswahl voraussichtlich am 13. Juni.

Der sozialistischen Korrespondenz zufolge werden die Wahlen zum nächsten Reichstag voraussichtlich am 13. Juni stattfinden.

Milliardendefizit der Reichseisenbahnen.

Berlin, 14. April. Bei der Beratung des 20. Ausschusses der Nationalversammlung über die Staatsverträge wegen Bildung von Reichseisenbahnen erklärt Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der erste Haushalt der Reichseisenbahnen werde allerdings ein in die Milliarden gehendes Defizit bringen. Aber bei Ablehnung des Vertrags würden die Zuschläge und Nachtragsverträge der beteiligten Länder im Interesse des Personals noch größere Beträge erfordern.

Im Zeichen der Hungersnot.

BRN. Berlin, 15. April. Nachdem im Haushaltsjahr 1919/20 7 1/2 Milliarden für die Verbilligung eingeführt Lebensmittel verbraucht worden sind, wird demnach ein Notetat mehrere weitere Milliarden hierfür fordern. Daraus ist die angekündigte Vermerkung unvermeidlich, beispielsweise für Berlin 3.85 M. für das Wochenbrot.

Nährhauptmann Hölz.

BRN. Dresden, 14. April. Truppen besetzen am 14. April Klingenthal, Falkenberg und Plauen. In verschiedenen Orten wurden Internierungen ausgeführt. Personentransportwagen und Waffen wurden hierbei erbeutet. Weitere Truppen sind in der Gegend von Burgstädt und Jüdnitz und östlich von Chemnitz eingerückt. Die Stadt Chemnitz selbst wurde nicht besetzt.

Die Leute des Kommunisten Hölz, die nach Auerbach geflüchtet sind, haben bei Zwittenthal die Eisenbahnbrücke zerstört und die Gleise gesprengt. In Schöndorf wurde heute eine Anzahl Notgardisten von Reichswehrtruppen festgenommen und ihnen größere Geldbeträge abgenommen.

Erklärungen Graf Bernstorffs im Untersuchungsausschuß.

BRN. Berlin, 14. April. Im zweiten Unterenausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der heute nach monatlicher Pause seine Arbeiten wieder aufnahm, erklärte Graf Bernstorff, er sei auch heute noch der Ansicht, daß durch eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson ein Frieden herbeigeführt worden wäre, und daß ohne den 11. November ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Wilson habe ursprünglich die Absicht gehabt, die kriegführenden Parteien im Verhandlungsstadium zu führen. Die Bemerkung Wilsons im Senat, er glaube, Amerika wäre in Krieg gekommen, auch wenn Deutschland keinen feindlichen Akt gegen Amerika vorgenommen hätte, habe sich, wie sich die Dinge entwickelten, auf die Abschnung der amerikanischen Friedensvermittlung bezogen. Die Besondere Forderung, freier Zugang zum Meere, habe sich nicht auf den späteren polnischen Korridor bezogen. Graf Bernstorff glaubt nicht, daß man in Amerika an eine Gebietsabtretung in Westpreußen gedacht habe.

Seine frühere Behauptung, General Ludendorff habe eine amerikanische Friedensvermittlung nicht gewollt, weil der 11. November den Krieg in drei Monaten beendet haben würde, hielt Graf Bernstorff aufrecht. Er habe die Äußerungen Ludendorffs so aufgefaßt, als ob diese Ansicht die Auffassung der maßgebenden Kreise in Berlin sei. Auf eine Frage erklärte Graf Bernstorff schließlich, die militärischen und Marinestellen hätten sich überhaupt nicht politisch betätigt. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Der Staatsvertrag für die badischen Bahnen.

Von A. Weismann.

Den verstorbenen Abg. Wilhelm Kolb nannte man in Parteikreisen scharfsichtiger als oft den zukünftigen badischen Eisenbahnminister. Für die Reformierung des gesamten Verkehrsweises und seine Handhabung nach modernen und kaufmännischen Grundsätzen setzte er sich bei allen passenden Gelegenheiten sowohl im Landtag, wie im „Volkshfreund“ und in unseren wirtschaftlichen Zeitschriften mit großer Wärme und mit der glühenden Leidenschaft, die ihn bis zu seinem so früh erfolgten Tode auszeichnete, ein. Könnte er den Staatsvertrag sehen, der dem badischen Landtag am Donnerstag, den 15. April, zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt wird, er würde sicherlich das Gefühl der Verliebtheit darüber, daß wenigstens ein Teil des von ihm Erstrebten jetzt erreicht worden ist, nicht unterdrücken. Allerdings ist ein anderer Weg beschritten worden als der, auf dem er sich die Verwirklichung seiner Forderungen vorstellte. Die Weimarer Nationalversammlung, dieses legitime Kind der deutschen Revolution des 9. November 1918, hat in Artikel 89 der Verfassung kurzgehandelt beschlossen, daß es Aufgabe des Reiches sei, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und als einheitliche Verkehrsanstalt zu verwalten. Und da zudem weiter in dieser Verfassung steht, daß Reichsrecht Landrecht bricht, gab es auch für Baden gar kein anderes Mittel, als — gleich den anderen Ländern und früheren Bundesstaaten — mit dem Reich den jenen Staatsvertrag abzuschließen, der in den letzten Wochen den Haushaltsausschuß in einer Anzahl von Sitzungen beschäftigt hat. Eine Druckvorlage mit 43 oft sehr ausgedehnten Paragraphen, mit einem Schlußprotokoll und einer Begründung von 14 Großblatseiten zeugten dafür, daß recht komplizierte und einschneidende Fragen zu klären waren. Nach zwei Gesichtspunkten vollzogen sich die Beratungen:

- 1. ein gewisser Einfluß Badens auf die Gestaltung des Eisenbahnverkehrs muß gesichert bleiben,
- 2. die badischen Eisenbahnbeamten und Arbeiter dürfen keine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage erfahren.

Das letztere ist — um es gleich vorweg zu nehmen — ziemlich restlos gelungen, während bezüglich des gesicherten Einflusses Badens bei der Umgestaltung des Eisenbahnverkehrs in seinem Lande manche Wünsche unerfüllt geblieben sind und in den nächsten Monaten und jedenfalls sogar Jahren Auseinandersetzungen zwischen Baden und dem Reich nicht selten sein werden.

In sich entbehrt der Gedanke, die gesamten Eisenbahnen des deutschen Reiches von einer Zentralfstelle aus zu verwalten, Erfindungen und Entdeckungen, technische Fortschritte und Vorteile der Arbeitsleistung aller Eisenbahndirektionen zu vermitteln, gewiß nicht der Großzügigkeit. Die gegenseitige Konkurrenz, die sich gar oft nord- und süddeutsche Eisenbahnen machten, kann ausgeschaltet, ein zentraler und darum um so besser regulierter Fahrplan kann hergestellt und in gar vielen anderen Fällen noch den Wünschen der Eisenbahnpassagiere auf den verkehrsreichsten Gebieten Rechnung getragen werden.

Aber Badens Behnbeitrieb — möchte man im einzelnen, wie dies auch Kolb getan, manches an ihm auszuheben haben — war keineswegs zu den rückständigsten zu zählen. Das badische Kilometernetz, das es ermöglichte, für 2 1/2 Pfg. pro Kilometer sogar den Schnellzug benutzen zu können, galt im übrigen Reich als Muster Einrichtung, und bis zum Weltkrieg blieb auch die Einführung der 4. Wagenklasse erspart. Begreiflich, daß man der nunmehr erfolgenden angeblieben „Verpreuung der badischen Bahnen“ nicht gerade wohlwollend gegenüberstand, als sie durch die Weimarer Nationalversammlung ohne Befragung der badischen Volksvertretung im August v. J. bei der Abstimmung über die Reichsverfassung zur feststehenden Tatsache geworden war.

Damit hatte sich der badische Haushaltsausschuß abzufinden, und es konnte sich für ihn nur noch darum handeln, Badens Einfluß auf seine Bahnen nicht gänzlich ausgeschaltet zu sehen. So verlangte er denn in erster Linie Fortführung der in Baden bereits begonnenen Bauten, wie der Strecke Titisee-St. Blasien usw. Auch nahm er wie längst der Landtag beschloß, vier weitere Bahnen: Hardheim — Königshelm, Osterburken — Merzlingen, Wolfach — Nippoldsau und Engen — Nenzingen in das Bauprogramm auf. Ferner mußten auch künftig in Baden die Eisenbahn-Hauptwerkstätten und Unterwerkstätten wie bisher beschaffen, Lokomotiven gebaut und Eisenbahnwagen hergestellt, und die badische Industrie darf auf diesem Gebiete keineswegs ausgeschaltet werden. Der dafür in Betracht kommende Paragraph des Staatsvertrags lautet: „Das Reich wird bei der Vergebung von Lieferungen und Arbeiten für die Reichseisenbahnen die Unternehmer im gesamten Reichsgebiet nach gleichen Grundsätzen berücksichtigen.“ Auch im Interesse der in diesen Industrien tätigen badischen Arbeiter und Angestellten ist dringend zu wünschen, daß vom Reich diese angelegene Bestimmung eingehalten wird. Zu diesem Zwecke ist an die Schaffung einer jenen Ausschusses gedacht, die von allen Ländern besetzt wird.

Baden soll auch künftig der Sitz einer höheren Eisenbahnbehörde sein. Ohne Zustimmung der badischen Regierung darf die Generaldirektion nicht aufgehoben werden. Eine Verbindung zwischen dieser Behörde und der Eisenbahnverwaltung des badischen Finanzministeriums ist herzustellen. Die Eisenbahntarife und der Zugfahrplan unterliegen der Genehmigung und Festsetzung auch durch die badische Gene-

Seite 8
30
Rurs
Regime am 24.
im Saale
Kurs
neuen Kurs
erhalten am
nnerstag und
er Woche von
Rechenzettel
2918
Stöhr,
Stöhr.
efferte
enstr. 23
n 1415.
von täg-
zufahren
Seelachs
che
elets,
t
en
nder etc.
ur 2913
enstr. 23
Filiale.
ganzung
e Größe, an
Ansehen
6 Uhr bei
rg-Friedrich
2908
lauer Anzug,
lauer Anzug,
2 leichte
Schlammiger
u, preiswert
2921
verträge 17.
n-Hose
getragen, für
zu verfaul.
r. 28, IV, E
schrank
ausnahmlich
zu verfaul.
r. 21, Walter-
2914
apee!
billig zu best.
Schulhaus
Schulhaus 29
tter
angewin-
Witterung
letzte
schlammiger
u, preiswert
2921
verträge 17.
n-Hose
getragen, für
zu verfaul.
r. 28, IV, E
schrank
ausnahmlich
zu verfaul.
r. 21, Walter-
2914
apee!
billig zu best.
Schulhaus
Schulhaus 29
tter

adirektion und was dergleichen Sicherungen mehr sind, daß Baden, um es populär auszudrücken, auch schließlich, soweit seine Bahnen in Betracht kommen, noch etwas zu sagen hat. Daß die Bodenseedampfschiffahrt ebenfalls an das Reich übergeht und die bestehenden und noch zu bauenden Kraftwagenlinien nunmehr von der deutschen Postverwaltung übernommen werden, ist schon früher an dieser Stelle mitgeteilt worden.

Wenn oben bemerkt wurde, daß es gelungen ist, die wirtschaftliche Lage der bisherigen badischen Eisenbahnarbeiter und Beamten beim Übergang unserer Bahnen auf das Reich vor Verschlechterung zu bewahren, so ist dies dem begrüßenswerten Umstand zu verdanken, daß bei der Festlegung dieses Teiles des Staatsvertrages die Berufsorganisations der Beamten und Arbeiter ganz weitaus mitgewirkt haben. Die Sozialdemokratie hatte diese Mitwirkung schon seit Jahren gefordert, und es zeigt sich jetzt, nachdem diese Forderung erfüllt ist, wie vorteilhaft solche gegenseitigen Beratungen und Vereinbarungen sind. Circa 80000 badische Arbeiter und Beamte sind am 1. April d. J. Reichsbeamte geworden; man stelle sich vor, welche endlosen Beratungen im badischen Landtag und im Reichstag notwendig geworden wären, wenn das Reichseisenbahnministerium einseitig die Löhne und Gehaltsätze und die sonstigen Übergangsstimmungen für die Arbeiter und Beamten festgelegt hätte! Man konnte deshalb auch im badischen Haushaltsausschuß bei den diesbezüglichen Paragrafen des Staatsvertrages rasch vorwärts kommen. Die Grundtendenzen der Vereinbarungen zwischen Eisenbahnverwaltung und Eisenbahngestellten war: Der badische Eisenbahner darf in seiner wirtschaftlichen Lage, in seinen Arbeitsbedingungen, in seinen Lebensverhältnissen, in seinen Ansprüchen usw. nicht schlechter gestellt sein, als ein gleichberuflich tätiger Kollege in irgend einem Teile des Reiches. Die Arbeiter behalten ihre Freifahrten, Betriebskrankenkassen und sonstigen Wohlfahrtsleistungen. Es ist auch Vorsorge getroffen worden, daß nicht beliebige Veränderungen badischer Beamten und Arbeiter in irgend welche Winkel des Reiches vorzunehmen können, natürlich soweit dies möglich ist und nicht Rücksicht auf die Erfordernisse ihr entgegenstehen. Der Beamte, der außerhalb Badens Dienst nicht tun will, kann die Entscheidung eines Schiedsgerichts anrufen. Auch die Vertreter der Reichsverwaltung in der Karlsruher Generaldirektion sollen in der Regel Landeskategorie sein. Auf diese Weise glaubt man die befürchtete „Verprechtung“ hintanhalten zu können. Ob dies möglich ist und wie sich die Stellenbesetzung überhaupt unter der Reichsverwaltung gestalten wird, die Zukunft lehren.

Der Staatsvertrag bedeutet ebenfalls auch ein gutes finanzielles Geschäft für den badischen Staat, denn dieser wird auf diese Weise jene ziemlich erheblichen Eisenbahnschulden los, weil in den letzten Monaten und seit dem Weltkriege jede staatliche Eisenbahn-Gemeinschaft mit hohem Defizit gearbeitet hat und noch heute arbeitet. Betrugen diese Defizite doch in Baden rund 80 Millionen, in Bayern 600, in Preußen sogar 6000 Millionen Mark. Als Abfindung an die Länder hat das Reich ja nicht weniger als 40 Milliarden Mark zu zahlen, der zahlenmäßige Beweis, wie wenig zurecht die Eisenbahnen — trotz der hohen Tarife für den Personen- und Güterverkehr — rentieren.

Der badische Landtag wird seine Zustimmung zu dem Staatsvertrag nicht verweigern. Man wird erst nach einem Jahre ungefähr übersehen, wie die Verwirklichung der Bahnen sich bewährt. Bis dahin haben sich die badische Volksvertretung und die Organisationen der Beamten und Arbeiter jedenfalls noch immer mit dem Übergang der badischen Bahnen auf das Reich zu beschäftigen, damit die Rechte des Staates nicht minder gesichert sind, wie die sozialen Verhältnisse der früheren badischen Eisenbahngestellten vor Verschlechterungen bewahrt bleiben müssen.

Politische Uebersicht.

Der Wechsel im Auswärtigen Amt.

Aus Berlin wird berichtet: Der Reichsminister verabschiedete sich am Dienstag von den Beamten des Auswärtigen Amtes. Gleichzeitig führte er den neuen Außenminister Dr. Brücker in sein Amt ein. Bei einem kurzen Rückblick, den der Reichsminister über seine Tätigkeit als Außenminister gab, und bei dem er auf die Beteiligung des Zwischenfalles von Scapa

Flow und der Auslieferungfrage hinwies, betonte er, daß diese Ergebnisse im besonderen der Mitarbeit der Beamenschaft des Auswärtigen Amtes zu verdanken seien.

Gen. Dr. Brücker ist unsern Lesern bekannt aus den zahlreichen Stützen und Briefen, die er als Kriegsgerichtsrat von 1914 bis 1918 für unsere Parteipresse, darunter auch den „Volkfreund“, schrieb. Daß er dabei sich nicht immer dem Druck zu entziehen vermochte, den das Ludenbergsche Kriegsgericht auf die Richterstätte ausübte, ist ihm nachträglich vielfach zum Vorwurf gemacht worden. Wer aber zwischen den Zeilen zu lesen verstand, und vor allem auch beachtete, was Dr. Brücker im Gegensatz zu den anderen Kriegsgerichtsräten nicht schrieb, wird ihm das Zeugnis nicht verjagen können, daß er, wo sich irgend die Möglichkeit bot, auch unter den Schrecknissen des Krieges völler verständnisvolle Worte hervorgehoben hat. In die Reihen derer, die früher in Deutschland herrschenden Systems aber hat er gerade durch seine Kriegserfahrungen einen tieferen Einblick gewonnen als manche andere und unter dem Einfluß dieser Erfahrungen haben seine politischen Anschauungen einen Reflekt durchgemacht, von dem dann auch verschiedene seiner in der Parteipresse abgedruckten Artikel bereites Zeugnis ablegten.

Brücker entstammt einer Fischerfamilie der Nordmark. Er wurde am 8. März 1883 als Sohn eines Zollbeamten in Verden an der Aller geboren und besuchte nacheinander die Volksschule, Realschule und das Gymnasium in Hamburg. Brücker widmete sich dann dem Studium der Biologie und bezog die Universitäten Heidelberg, Halle, Marburg und Jülich. In der wissenschaftlichen Welt machte sich Brücker mit einer Schrift über den jungen Kant, sowie einer Darstellung der Entstehung der modernen Pädagogik bekannt.

Verchiebung Deutschlands nach dem Ausland.

Nachdem die Schieber alles, was nicht nie- und nagelfest war, nach dem Ausland vertrieben haben, soweit hienunten überhaupt noch etwas zu bekommen war, geht es jetzt an die Grundstücke und Gebäulichkeiten sowie an alles, was sonst etwa zu Geld zu machen ist. Die Schiebung wird in aller Offenlichkeit betrieben. Vor uns liegt das „Vretener Tagblatt“ mit folgendem Interat:

!! Wir suchen sofort !!

für Ausländer und sonstige zahlungsfähige Käufer aller Branchen in Bretten oder Umgegend, sowie den übrigen Orten, verlässliche Wohn-, Privat-, Geschäft-, Baus-, Bins- und Landhäuser, Villen, Hotels, Gastwirtschaften, Güter, Herrschaftsbetriebe, industrielle, gewerbliche Betriebe, insbesondere Fabriken, Großbetriebe, lechende Gebäude, Brauereien für Lagerweide passend oder sonst günstige Objekte, wenn auch nicht rentierend, als

Kapitals-Anlage.

auch Anlagen- und Ausbaurechte sind erwünscht bei hohem Preis gegen Barzahlung; zurecht unterhalten wir Geschäftsverbindungen mit Paris, Zürich, Bern, Kopenhagen, Holland, den Vereinigten Staaten und den übrigen Ländern. Wer also jetzt sein Objekt günstig verkaufen will, wende sich sofort an die

„Mrania“-Gesellschaft

Nürnberg, Fürtherstraße 160.
Nordbayerns größtes Unternehmen der Branche.
In letzter Zeit wurde von uns zum Verkauf übergeben 50 notariell verkauft und verbrieft; darunter auch solche an das Ausland.
Unser behördlich anerkannter Sachmann besucht Jedermann kostenlos.

Wenn man das gelesen hat braucht man sich nicht mehr darüber zu wundern, wenn die Grundstückspreise immer weiter steigen, was gleichbedeutend ist mit Verteuerung der Mieten und Vergrößerung des Elendes bis zur Unträglichkeit. Es fragt sich nur, ob wir mit vertriebenen Armen zufrieden wollen, bis die Schieber schließlich ganz Deutschland samt Inhalt nach dem Ausland verschoben haben und wir ganz dem ausländischen Kapitalismus ausgeliefert sind. Nehmt ihnen einfach den Kauf wieder ab, dann werden sie das Schieben schon bleiben lassen!

Judenhege mit Seitengewehren.

Der antisemitische „Deutschböhmische Stahl- und Truhens“-Verein nimmt Begeisterung für den Steuerfiskus und erhebt folgende Forderung:
Alle Juden und Judengenossen sind schleunigst durch strenge Geetze zur Vorlage genauer eidesstattlicher Vermögensverhältnisse über dessen Veränderungen von 1914 bis 1919 zu veranlassen.

Die Prüfung dieser Erklärungen muß durch einen besonderen Gerichtshof aus unbedenklichen deutschen Männern erfolgen. Sie entscheiden über die Rückzahlung aller nach Bucher, Schwindel und Weizung dem Staat und Reichsvermögen entzogenen Güter, Geldsummen und Wertgegenstände ausgehändigt werden, fernermal christlich-germanische Volksgenossen sich ausnahmslos richtig einzuhalten.
Die Aufrufe werden — wie der „Vorwärts“ mitteilt — in Berlin in der Potsdamer Straße von zwei Soldaten verteilt, die mit Seitengewehr und Revolver versehen sind. Als der Gewahrsam des „Vorwärts“ sie am 31. März abends nach Radeberg brachte, erklärten sie bereitwillig, daß sie freiwillig aus Dabberig seien. Es erscheint dringend erforderlich, daß das Reichswehrministerium schnell nachprüft, ob diese Zeitfreiwilligen ihre Zeit freiwillig oder unfreiwillig — nicht anders ausnützen konnten.

Betrübte Lohgerber.

Man schreibt uns: Am Anschlag an den Kapp'schen Putsch und den zur Abwehr desselben geführten kühnsten Generalstreik der Arbeiter- und Beamtenchaft wurden in einigen Mannheimer Betrieben sogenannte revolutionäre Betriebsräte gewählt. Gegen diese wahnwitzigen Bestrebungen stemmten sich die besonnenen Arbeiter. Selbst die unabhängige Karlsruher „Sozialistische Republik“ hat nach Zusammenbruch dieses Unternehmens erklärt, sie könne für solche Veruche keine Sympathien aufbringen. Wenn sie ernstlich diese ihre Meinung sage, so nur deshalb, weil sie den revolutionären Arbeitern während des Kampfes nicht habe in den Rücken fallen wollen. Das Ministerium des Innern konnte gegenüber diesen Vorwommnissen in Mannheim nicht so handeln, wie es die „Soz. Republik“ tat. Es mußte, um größeres Ansehen im Lande zu verdienen, rechtzeitig auf die gewissenslose Dege hinweisen, welche einige Agitatoren trieben, die von Mannheim aus mit Flugblättern ins Land zogen und auch in Versammlungen versuchten, die Arbeiterchaft zur Aufnahme des Generalstreiks zwecks Unterstützung der Mannheimer Bewegung zu verleiten. In ganz dem gleichen Sinne handelte auch die mehrheitssozialdemokratisch organisierten Arbeiter, deren Vertreter den unabhängigen und kommunikativen Agitatoren nachreichten, um diesen vor verfallenen Rolle das Unwahrsache ihrer Unternehmung vorzuhalten. Infolge dieser Abwehrbewegung brach in Mannheim die Herrschaft der revolutionären Räte zusammen. Die Führer der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter wurden zum Lohne dafür von unabhängigen-kommunistischen „Sturmtrupps“ herbeigeholt, um die Handlung und der Minister des Innern soll als seinen „Rohm“ handelte Angriffe auf seine Ehrenhaftigkeit in Kauf nehmen.

Die „Rote Fahne“, das Mannheimer Organ der Kommunisten, vertritt hiergegen gegenüber dem Mannheimer unabhängigen-Organ „Tribüne“ noch vornehm. Es hat zwar auch wie die „Tribüne“ davon geredet, daß der Minister des Innern in und um Mannheim Truppen konzentriert habe, um mit ihnen die revolutionären Betriebsräte zu sprengen. Obwohl in dieser Behauptung kein wahres Wort war, lehnte diese immer wieder ab und das wohl deshalb, weil sich mit ihr die Volkspartei in Baden bringen ließ.

Gleichzeitig mit dieser Bewegung entwickelten sich die Vorgänge im Ruhrgebiet. Die offizielle Leitung der U. S. P. sah wie die S. P. sehr bald ein, daß der von der Roten Armee im Ruhrgebiet geführte Kampf die Arbeiterchaft ins Unglück führen muß. Bei uns zu Lande aber fanden sich einige führende Köpfe dieser Partei mit den Kommunisten zusammen, um auf die badische Regierung unter Androhung des Generalstreiks einen Druck auszuüben, damit diese den Abtransport der von der Reichsregierung aufgerufenen Reichswehrtruppen verbinde.

Bei der Firma Benz in Mannheim wurden von den kommunistischen Zerkaristen mehrheitssozialdemokratische Arbeiter körperlich mißhandelt, weil ein „großer“ Kampf, dem Sturm in einem Waffenschloß, verloren gegangen ist. Die Schlacht verloren hat auch die Rote Armee im Ruhrgebiet. Die ihr von Süddeutschen aus zugegebene Hilfe konnte nicht gebracht werden, weil die Mannheimer Bewegung zu früh kam und verfahren wurde und weil durch die sinnlosen Demonstrationen in Karlsruhe das Pulver nicht trocken gehalten werden konnte. Jetzt sagt man, der Minister habe blinden Lärm gemacht und eine Kommunistenriederei getrieben. Warum aber hat man vor diesem „blinden Lärm“ in Karlsruhe 3 Tage lang Streiknummern verteilt und dabei blutrünstige Reden gehalten und einem aufgeregten Volk verüßelt, am 30. März läme von Mannheim und dem Bezirk Heidelberg aktive Hilfe? Auch das ist Schwindel, wird morgen gesagt werden. Nun, da die Felle fortgeschwommen, schämt man sich seiner Taten. Und um die

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjef.

Die wachsende Bedeutung des großen Russenvolkes für unsere politische, wirtschaftliche und geistige Entwicklung, seine Leidensgenossenschaft mit uns als Leidtragende des Weltkriegs, was ein enge Beziehung, die sich aus dem praktischen Versuch ergibt, in beiden Ländern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, lassen uns geboten erscheinen, unsere Lektüren und Leser wieder mit einem Hauptvertreter des zeitigen Russland bekannt zu machen. Das russische trat im Südwesten Russlands immer in den Hintergrund vor der romanischen Kultur; der Vorwurf der Russen trifft zu, daß wir von ihnen weit weniger wissen, als sie von uns. Wir beschäftigen daher, an dieser Stelle bisweilen ein charakteristisches Werk des russischen Schriftstums zu bringen. Vor einiger Zeit hatten wir den Roman „Tara Sula“ des Profaischen Mikolais Gogol, der in die Eigenart des Lebens der Kojalendörfer einführt und einen Abschnitt aus Russlands Vergangenheit behandelt. Mit Turgenjef treten wir mehr in das moderne Russland ein, in die Zeit der Aufhebung der Leibeigenschaft und des beginnenden Fortschritts. Zwei mächtige Gegensätze bilden die Grundlage dieses Russland, die eine Partei, Sapotnik, auf deutsch die „Weltlichen“ genannt, suchen kulturell Anschluß an Westeuropa, vor allem Frankreich, Deutschland und England, während die andere, die Stamophilen, eine abgeordnete, rein russisch-nationale Entwicklung anstreben.

Turgenjef ist ein Hauptvertreter der „Weltlichen“, denn er verdammt als Schüler Flauberts der europäischen Kultur in künstlerischer Hinsicht fast alles. Seine literarischen Arbeiten zeichnen sich auch nicht durch die bei Russen häufige Formlosigkeit aus, sondern sind technisch vollendete Meisterwerke und gehören unbestritten zu den besten Erzeugnissen der Weltliteratur. Für uns Deutsche besitzen die Romane und Erzählungen einen besonderen Reiz noch deshalb, weil sie häufig in Deutschland spielen und weil Turgenjef mit warmer Hochachtung von dem deutschen Wesen spricht. Seine Werke sind für uns gleichsam ein Spiegel in dem wir unser Bild zurückgekräftigt sehen, so wie der Russe es zehlt, und mit diesem Bild dürfen wir im großen ganzen zufrieden sein, besonders wenn man es mit dem vergleicht, das die französische Literatur von uns zeichnet. Es existieren verschiedene deutsche Uebersetzungen der Hauptwerke Turgenjef's; wir empfehlen untern Lesern die gern zu einem gediegenen, unterhaltenden und gleichzeitig belehrenden Lektüre greifen, die „Klammern von „Dum“ „Krüchlingsvogel“, „Die neue

Generation“, „Nönia Year der Steppe“, „Grite Liebe“, „Leutnant Bogdanoff“, „Der Kaufbold“, „Panin und Saburin“ usw., die alle in unserer Parteibuchhandlung erhältlich sind.

Turgenjef ist am 9. November 1818, also genau hundert Jahre vor der deutschen Revolution, in Orel geboren. Er studierte einige Zeit in Berlin, nahm vorübergehend eine russische Staatsstellung ein, verzog sich aber 1845 ins Ausland, wo er seine bekanntesten Werke schuf. 1863 reiste er einige Zeit in Baden-Waben, begab sich später nach Paris, wo er 1889 starb. Der Roman „Väter und Söhne“, den wir zum Abdruck bringen, so geschä es aus dem Grunde, weil kaum ein anderes Werk Turgenjef's uns so geeignet erdient zur Einführung in die materiellen sowohl als auch die geistigen Verhältnisse des modernen Russland. Wie sehr der Verfasser mit diesem Griff in die damalige russische Welt das Richtige getroffen hat, erhellt aus der Plut von Vorgesprächen und Diskussionen, die es auslöste. Turgenjef hat gezeigt, wie um die ledigste Jahre eine neue Generation heranzog, die grundtätlich andern Anschauungen bauldig mit ihren „Vätern“, die als Hüter des Altgebirges betrachtet werden, das überwunden werden soll. Die besonderen Verhältnisse des zweiten Russenreiches, wo die Mißbräuche zu einer intellektuellen Welt gelangten und das soziale, moralische und intellektuelle Elend der Volksmassen viel schreiender war als anderswo, bewirkten, daß die Auflehnung der Jungen einen besonders heftigen und radikalen Charakter annahm. Turgenjef erläutert uns an einem Typus, dem Studenten Bazaroff, der Hauptfigur des großen Romans, wie das Denken der jungen Generation beschaffen war. Er bezeichnet ihn in dem Roman selbst als einen Menschen, der „nichts anerkennt und nichts achtet“, der „alles nach dem Standpunkt der Kritik beurteilt, sich keiner Autorität beugt, kein Prinzip auf Treu und Glauben annimmt, gleichviel in wie hohem Ansehen dieses Prinzip in der Meinung der Menschen steht“. Und Turgenjef trägt für ihn die Bezeichnung „Nihilist“ (vom lateinischen nihil = nichts), ein Ausdruck, der seitdem in den Sprachgebrauch der Welt aufgenommen wurde. Man wird begreifen, daß die erstmalige Einführung eines solchen Nihilisten in die zeitgenössische Literatur Aufsehen erregen mußte, und der Typus Bazaroff ist seitdem vielfach nachgeahmt worden, auch bei uns. Ja es will uns scheinen, daß ein gewisser Teil der studierenden Jugend Russlands, die wir untern Hochschulen und Universitäten beobachten, sich in einem Kopieren des Charakters dieses Bazaroff ariel. Wer hätte nicht schon Gelegenheiten gehabt, solche russische Alteserneiner, solche Umfurchtheoretiker und „Poltrinate“ kennen zu lernen, solche ruf-

fische Nihilist und Chemiker, von denen, wie Turgenjef wörtlich sagt, „es in Heidelberg wimmelte und die, nachdem sie in der ersten Zeit die neuen deutschen Professoren durch ihren scharfen Blick und ihr geübtes Urteil in Erfahrung gefaßt, sie kurz nachher durch ihr absolutes Nichtstun und ihre beispiellose Faulheit in noch weit größeres Erstaunen setzten“. Für das Verständnis mancher Erscheinung im Volkswissenschaften scheint uns die Kenntnis dieser Nihilistenperiode eine unbedingte Voraussetzung. Wir Deutsche verstehen uns diesen ultraradikalen Schwärmern gegenüber unter innere Freiheit zu wahren. Wir sind mehr positiv bei aller Kritikluft, mehr zum Aufbauen veranlagt; der Nihilist ist ein genialer Einbrecher, — sollten sich da die beiden Väter nicht glücklich ergänzen können? Und wenn einen das geniale nihilistische Denken in den Sinn schlägt, möge er Goethes Huges Wort nicht vergessen, daß es nicht schwer ist, geistreich zu sein, wenn man vor nichts Respekt hat.“

Die Darstellung des Nihilisten Bazaroff mit seinen unwahrscheinlichen Ansichten war Turgenjef's Hauptwerk bei Abfassung der Geschichte. Der Blick des Lesers muß also nicht so sehr auf dem Verlauf der Handlung ruhen, die den unglücklichen Weltwreifer seinem Tod im Dienst für den armen Nebenmenschen entgegenführt, als auf den Szenen, wo Bazaroff mit den Vertretern des Alten zusammenprallt. In diesem Kontrast des Alten mit dem Neuen liegt der Hauptreiz der Geschichte. Daneben finden wir wertvolle und prächtige Schilderungen des russischen Landelbens in adligen Herrenhäusern und lernen auch aus diesen realistischen Details ein gutes Stück Volkskunde kennen. So daß wir uns der Hoffnung hingeben dürfen, mit diesem Werk dem Unterhaltungs- und Bildungsbedürfnis unserer Leser in gleicher Weise gedient zu haben.

1.

Nun, Peter, siehst du noch nichts? so fragte am 20. Mai 1876 ein Mann von etwa vierzig Jahren, der in staubbedecktem Ueberrod und karierten Weinfleibern, barhäuptig auf die niedrige Freitreppe eines Wirtschaftshauses an der Landstraße nach X. hinaustrat. Der Diener, an den er diese Frage richtete, war ein junger blonder Burche mit vollen Waden, kleinen matten Augen und runden, mit einem farblosen Flaum bedecktem Kinn.

Dieser Bediente, an dem alles, von den mit Türken geschmückten Ohrringen und den pomabiferten Haaren bis zu den studierten Bewegungen, einen Diener der neuen

Scham zu Dampf
darin bestell
Lindern O
über ihn h
Berber bei
Das alles
beruigen
reignisse a
Schuld für
Recht in
in dem Rech
den man fi

Der

Präsident
Parteiung

Abg. B
fiel von la
der Rührer
durch die Er
es handelt
gären). D
schen Druck
Kriegsbräde
und in
ung der Be
sind eingele
die Aktion
kommando d
für dem Sch
Nachricht wo
Wir befinden
Nieder und
Reichsp
geleit war.
frag zu re
verleiten au
rentium
einig, daß d
nicht einmar
hängen viele
heutzutage
nicht mehr
laßt merke
Ruhgebiete
allen sind
lösung geb
Sätze das
Kapp-Putsch
zusammenge
Domstabs
Deutschl

Reichs
schönen Re
Reichsweh
Brag nicht
alles gelan
kommt.
Wir müssen
wir
Deutschen
kennst und
in die Zeit
wie er, we
lenahlfeser
langer Zeit
Ordnung z
erschaffen
ausgüßeren;
Die auf G
badischen
mehr aufbau
sammlung
herheißt

Abg. D
die wesentli
mihbraucht
und. Ja I

Fortschritt

Strake hin
absolut nicht
Nichts
„Hohel
Der Hol
Währen
wandelvoll
Gegenstand
Er heit
fürstlich
dem Wirk
oder eine
johne in
indulden.
Bauern ar
nale von 18
Russe von
artigkeit, w
und später
In in der
hemlich be
Sein Sch
ebeno best
lein wird.
hälligen Sa
tanden und
Erlabe. S
Waldchen
Katholika
nate in nich
Generalab
hen und ro
hies zuerst
am Ende d
viel, reich
nach und g
publizierten
Obgleich
ausgezeichnet

Abg. D
die wesentli
mihbraucht
und. Ja I

Alarm.

Die Meldungen aus Bormann, wo Oberst Bischoff und vielleicht auch Lüttich in Person neuen Anhang sammelt und von wo aus sie im Schutz der auf den Gütern untergebrachten Volkstümer und der bewaffneten reaktionären Kreiswälder Studentenchaft neue Beziehungen anknüpfen, beweisen deutlich, daß das Feuer der Verschwörer in Deutschland keineswegs ausgeht, sondern unter der Maske weiterklimmt. Das Volk muß äußerster Wachsamkeit an den Tag legen, wenn es sich nicht von neuem wie am 18. März überrollen lassen will, und die sozialistische Presse hat die Pflicht, laut Alarm zu schlagen.

Es zeigt sich jetzt, wie recht diejenigen hatten, die nach dem äußerlichen Zusammenbruch des Lüttich-Abenteuers als erste Aufgabe der Regierung eine wirkliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses durch schnelle Auflösung der gegenrevolutionären Truppenteile und Neubildung republikanischer absolut zuverlässiger Truppenformationen verlangten. Wäre hier bereits das Nötige geschehen, so brauchte uns das Putzschneid im vorkommerschen Winkel weiter keine Sorgen zu bereiten. Aber leider steht hier noch alles in den ersten Anfängen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß noch gar nichts damit gewonnen ist, wenn ein paar Duzend besonders stark promitierte hohe Offiziere um die Ecke gehen, so halb an ihre Stelle Leute geteilt werden, die zum mindesten unbeschriebene Blätter sind, für deren absolute Zuverlässigkeit in kritischen Situationen jedenfalls keine positiven Anhaltspunkte vorliegen.

Es mag zugegeben werden, daß die Säuberungsarbeiten der Reichswehr durch die Putzschneid von links wieder einmal im meine Partei mittelbar noch unmittelbar von dem Putzschneid gewirkt hat. Wir stehen so frei auf dem Boden der Verfassung wie irgend einer. Unsere monarchistischen Ideen wollen wir nur auf legalen Wege durch Ueberzeugung verbreiten. (Beifall rechts. Bischoff bei der Rede.) Die Sitzung dauert fort.

entscheidenden Moment empfindlich geföhrt worden ist, und daß damit sich die Anhänger der Mädelatur und des gewalttätigen Umsturzes der Demokratie von links damit noch wie vor als die besten Helfer der reaktionären Gegenrevolution gezeigt haben.

Aber es ist auch vieles unterlassen worden beim im gegen teiligen Sinne einer Säuberung der Reichswehr positiv ge schehen, was nicht unbedingt durch die Umsturzfahrt von links geboten war. Kein roter Terror im Vogtland oder im Ruhr gebiet brauchte die Regierung zu verhindern, sich viel energischer der von den Putzschneid wegen ihrer Regierungstreue aus der Reichswehr ausgestoßenen Mannschaften anzuschließen, als dies leider geschehen ist. Kein Putzschneid von links machte es nötig, die monarchistischen glückselig entfernten gegenrevolutionären Offiziere in ihr Amt wieder einzusetzen. Nichts hat es mit den Vorgängen im Ruhrgebiet zu tun, wenn noch immer nicht der Anfang gemacht worden ist, wenigstens am Sitz der Regierung, in Berlin einen republikanisch absolut zuverlässigen Truppenkörper aufzu stellen. Die republikanisch organisierten Offiziere, die sich für den Neuaufbau der Reichswehr zur Verfügung gestellt haben, sind zum allergrößten Teil immer noch nicht verwendet worden.

Noch ist es nicht zu spät, mit dieser Politik der Versöhnung Schluch zu machen, aber es ist höchste Stunde. Die Parteigenossen im ganzen Lande müssen sich mit der äußersten Energie dafür einsetzen, daß es geschieht. Schließlich sind sie doch die Macht, denen die Genossen in Regierung und Parlament ihre Stellung und ihren Einfluß verdanken. Diese Macht muß sich zur Geltung bringen, um ihre Vertreter und durch diese auch die bür gerlichen Koalitionsparteien zum scharfen Handeln anzutreiben.

gehaltenes Glückwunschschreiben, in dem es heißt: „Es war uns immer eine Freude, gemeinsam mit Ihnen den Kampf für die Demokratie zu führen, in welchem Sie mutig und aufrecht durch lange Jahre hindurch trotz aller Anfeindungen Ihren Mann gestanden haben. Wir hoffen, Sie bald wieder als Mitstreiter im badischen Landtag begrüßen zu können.“

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Bezirksverband Baden.

Nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei beruft der Bezirksvorstand einen

Außerordentlichen Parteitag

für den Bezirk Baden auf Sonntag, den 25. April 1920, nach Karlsruhe ein.

Die Verhandlungen beginnen um 10 Uhr vormittags im Saale zur „Eintracht“, Karl-Friedrichstraße.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen, Referent: Reichstagsabg. O. Gsch. Mannheim.
2. Kandidatenaufstellung und Wahlarbeiten, Referent: Stadtrat G. Strobel-Mannheim.

Die Wahlen zum außerordentlichen Parteitag sind nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts vorzunehmen. Vor- und Zunamen und genaue Adresse der gewählten Vertreter sind dem Bezirksvorstand in Mannheim, R 3, 14 II, umgehend bekanntzugeben. Die Kosten für die Vertretungen sind von den Ortsvereinen zu tragen.

Anträge, die zu den bevorstehenden beiden Punkten der Tagesordnung gestellt werden, sind dem Bezirksvorstand sofort einzureichen.

Wegen Beschaffung von Wohnung und Verpflegung wollen sich alle Teilnehmer an die Adresse des Wohnungsausschusses in Karlsruhe: Gottlob Schwerdt, Wilhelmstraße 76, wenden.

Mannheim, Anfang April 1920.

Der Bezirksvorstand.

Bezirkskonferenz des Bezirks Rastatt. Am Sonntag, den 15. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet im „Anker“ in Rastatt die vom Bezirksvorstand angeordnete Konferenz statt. Ein Mitglied des Bezirksvorstandes wird einen Vortrag halten über das Thema: „Die Reichstagswahlen“. Es ist dringend notwendig, daß sämtliche Mitgliedschaften auf der Konferenz vertreten sind.

Der Bezirksvorstand.

durch einen so persönlichen Kampf gegen einen Minister, dessen ganze Schuld darin besteht, daß er nicht mit der Bischoffsmütze über den Ohren hinter dem Ofen sitzt. Bald von rechts, bald von links fällt man über ihn her, wobei beide Zeile behaupten, daß der feindliche Feind des andern Extremus unerhörte Schanung genieße. Das alles sieht ja gutgeleitet so aus, als ob die Regierung den Streit suche. Bei objektiver Beurteilung der Tagesereignisse aber kann doch nicht bestritten werden, wie sehr alle Schuld für derartige Auseinandersetzungen auf jene Kreise unseres Volkes zurückfällt, die das verfassungsmäßige Recht nicht achten wollen und sich dann beklagen, wenn in dem einen oder anderen unausweichbaren Falle die präventive Rechnung mit Mitteln beglichen wird, die selbst zu verwenden man sich nicht scheut.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 1. April.

Präsident Ebert eröffnete die Sitzung um 1.30 Uhr. Fortsetzung der Beratung der Regierungserklärung, und der ersten Beratung des Reichstags.

Hr. Braß (U.S.): Es ist Schwindel, daß ein Putzschneid von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Wenn ein Schutz der Arbeiterwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Besetzung durch die Entente derjenigen durch Reichswehr vorzuziehen; denn es handelt sich um eine Sache der europäischen Arbeiterschaft. Die Reichswehr hat die Situation im Ruhrgebiet erst geschaffen. Es ist selbstverständlich, daß gegenüber dem militärischen Druck der Gedanke an eine Räterepublik auftauchte. Die Delegierten stellen sich auf den Boden des Bielefelder Abkommens und wollen es halten. Leider übertrug man die Ausführung der Bestimmungen dem General von Batten. Die Arbeiter konnten hierauf nicht eingehen. Die Regierung scheint dies ja auch eingesehen zu haben. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Aktion unterbrochen. Es ist berührt worden, dem Reichstagskommando der neutralen Zone mit der Sicherheitswehr entgegenzutreten. Ein Teil der Arbeiterschaft hat sich flüchten müssen unter dem Schutz der Entente vor dem Willen der Reichswehr. Die Nachricht von einer roten Armee südlich der Ruhr ist erlogen. Wir befinden uns in der Reorganisation eines Rapp-Putzschneid. Die Regierung muß sich mehr auf die organisierte Arbeiterschaft stützen und die acht Punkte bewilligen.

Reichswehrminister Gieseler: Meine Aufgabe im Ruhrgebiet war, alles zu versuchen, um Blutvergießen und Bürgerkrieg zu vermeiden. Ausschreitungen auf beiden Seiten vermeiden auch wir. Auch das Zentrum, Bürgertum und Bismarckentum und weite Kreise der Arbeiterschaft waren darin einig, daß das Schlimmste passieren müsse, wenn die Reichswehr nicht einmarschierte, um Ordnung und Ruhe zu schaffen. Nach den Bielefelder Verhandlungen hatte die rote Garde kein Hauptziel mehr. Der Rapp-Putzschneid war erledigt. Das Nachrichtenwesen während des Putzschneid muß noch besonders unterrichtet werden. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Ruhrgebietes darf nicht andauernd beunruhigt werden. Vor allem sind die zu entwaffnen, die ihre Waffen gegen die Besetzung gebrauchen wollen, also restlose Abgabe der Waffen. Sollte das Industriegebiet sich ruhig verhalten, so wäre der Rapp-Putzschneid viel schneller erledigt worden. Das Reich muß zusammengehalten werden. Die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt beweist, daß die Auseinandersetzung Deutschlands Frankreichs Ziel bleibt.

Reichswehrminister Gieseler: Wir kommen nicht aus den letzten Verhältnissen heraus, wenn wir die Atmosphäre des Misstrauens nicht zerstreuen. Dazu trägt die Rede des Hrn. Braß nicht bei. Der General von Batten hat erklärt, er habe alles getan, um zu verhindern, daß ein Freiheitskampf nach Berlin kommt. Wenn wir die Reichswehr wieder aufbauen wollen, müssen wir ihr auch den Rechtschutz zubilligen, der jedem Deutschen zusteht. Reformiert muß der Rechtsdienst sein und der Aufräumarbeit dienen werden. Wir wollen die Truppen aus dem Ruhrgebiet abziehen, aber das können wir erst, wenn das Gebiet von Waffen geföhrt ist. Die Waffenablieferung ist bis jetzt ganz ungenügend. Wir hoffen in kurzer Zeit weite Gebiete des Industriegebietes militärisch in Ordnung zu bringen. Gegen Herrn Ehrhardt ist Hofbefehl erlassen. Wir werden versuchen, die Brigade Ehrhardt freiwillig aufzulösen; wenn das nicht geht, wird sie mit Gewalt aufgelöst. Die auf Gütern in Bommern sich noch befindende Reste von baltischen Truppen müssen auch weg. Wir müssen die Reichswehr aufbauen. Die Truppen erwarten von der Nationalversammlung ein Wort der Anerkennung. (Bravo!) Die Sicherheitswehr hat ebenso Anspruch auf Dank.

Hr. Dr. Kahl (D. V.): Dem Reichsjustizminister fehlten die wesentlichsten Voraussetzungen für sein Amt, das er getrennt mitbrachte. Wir weisen seine Angriffe als unrichtig zurück. Ich kann auf Ehre und Gewissen versichern, daß weder

Badische Politik.

Ein Schritt zur Verbesserung des Brotes.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgende förmliche Anfrage eingereicht:

Ist die Regierung bereit, baldigt für eine Verbesserung des Brotes zu sorgen, indem sie durch Verhandlung mit den Reichsbehörden über Bezug von Weizenmehl aus anderen Teilen Deutschlands und dem Ausland, wie durch Erlassung des bereits angenommenen Getreides und gegebenenfalls durch freihändigen Ankauf ist die Regierung bereit, falls der Brotpreis in den großen Städten zu hoch wird, für eine Ermäßigung zu sorgen und die daraus entstehenden Kosten auf das ganze Land zu verteilen?

Studentenschaft und deutsche Republik.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion reichte folgenden Antrag ein, der, wie wir erwarten, zur alsbaldigen Beschlußfassung kommt:

Das Unterrichtsministerium möge anordnen, daß die Studierenden der drei Hochschulen des badischen Volkes bei jeder Immatrikulation vom Rektor darauf hingewiesen werden: Nach Artikel 1 der Reichsverfassung ist Deutschland eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das gleiche gilt für Baden. Die Hochschule erwartet, daß die Studierenden in Reden und Benehmen Achtung vor den Grundgesetzen der Verfassung zeigen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion behandelte am Mittwoch in gründlicher Aussprache eine Reihe wichtiger Fragen. Vor allem kamen die Ernährungsverhältnisse und die Verwertung des verschlechterten Brotes zur Sprache, woran sich die Behandlung des Staatsvertrages über die Verreichlichung der Bahnen angeschlossen. Unterstrichen wurde in der Sitzung auch die Forderung, die Schulen mit republikanischem Geist zu durchdringen.

Zum 60. Geburtstag von Martin Bienenfeld sendte die sozialdemokratische Landtagsfraktion ein herzlich

Menne" erworben hatte, so sollte er doch, ebenso wie sein Bruder Paul, als der Sohn eines Generals in den Militärdienst treten. Aber grade an dem Tage, wo er zu seinem Regiment abgehen sollte, brach er sich das Bein und mußte, nachdem er zwei Monate im Bett zugebracht, sein Lebenlang hinken. Da sein Vater keinen Soldaten mehr aus ihm machen konnte, bestimmte er ihn für den Zivildienst. So bald er achtzehn Jahre alte war, brach er ihn nach Petersburg und tat ihn auf die Universität. Um dieselbe Zeit avancierte sein Bruder in einem Garderegiment zum Offizier. Die beiden jungen Leute nahmen sich eine gemeinschaftliche Wohnung und lebten dort unter der etwas lazen Aufsicht eines Cheims von mütterlicher Seite, des Elias Kofassin, eines höheren Beamten. Ihr Vater war zu seiner Division und seiner Frau zurückgekehrt, und von Zeit zu Zeit schickte er seinen Söhnen ungeheure Stöße grauen Vadiers, bedeckt mit einer Schrift, welche die gelübte Hand des Regimentarschreibers verriet. Am Ende jedes Konboluts standen, sorgfältig in Scherfeln eingehakt, die Worte: „Beher Kofanoff, Generalmajor.“

Im Jahre 1835 verließ Nikolaj, Petrowitsch die Universität mit dem Titel Kandidat und in demselben Jahre kam der General Kofanoff, der nach einer unvorhergesehenen Anspedition in den Ruhestand versetzt worden, nach Petersburg, um sich dort mit seiner Frau niederzulassen. Er hatte sich in der Nähe des taurischen Gartens ein Haus gemietet und sich in den englischen Klub aufnehmen lassen, als plötzlich ein Schlaganfall ihn den Seimigen entriß.

Agathoslea Kusminichna überlebte ihn nicht lange; sie hatte sich an das stille Leben, das sie in der Hauptstadt führen mußte, nicht gewöhnen können. Der Gram darüber, daß sie gleichsam außer Aktivität gesetzt worden, hatte sie ins Grab gebracht.

Was Nikolaj Petrowitsch betrifft, so hatte er sich noch bei Lebzeiten seiner Eltern und zu ihrem nicht geringen Scherme in die Tochter seines Hauswirtes, eines Subalternbeamten, verliebt. Sie war ein liebes junges und viel besprochenes Mädchen, welches sich in der Provinz befand, die sie nie in den Zeitchriften die ersten Artikel der wissenschaftlichen Abteilung zu lesen. Sobald die Trauer vorüber

war, fand die Hochzeit statt und der glückliche Nikolaus Petrowitsch bezog, nachdem er das Domänenministerium, in welchem der Einfluß seines Vaters ihm eine Stelle verschafft, verlassen hatte, mit seiner Waisa Diminitio von Maria) ein Landhaus in der Nähe des Fortifikations; dann kehrte er in die Stadt zurück und mietete sich eine kleine hübsche Wohnung mit einer sauberen gehaltenen Treppe und einem etwas kalten Empfangszimmer; und endlich feierte er aufs Land über, wo ihm bald ein Sohn geboren wurde. Die beiden Gatten führten ein stilles, glückliches Leben, sie trennten sich fast nie, lachen gemeinschaftlich, spielten vierhändig Klavier und sangen Duette. Sie trieb Bienenzucht und überwachte den Hüfnerhof; er ging von Zeit zu Zeit auf die Jagd und beschäftigte sich mit der Landwirtschaft; Arkadi, ihr Sohn, wuchs heran und lebte ebenfalls still und glücklich.

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher und Zeitchriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitchriften sind von unserer Parteibuchhandlung, zu beziehen.)

Neue Erziehung. Die Vorträge der freien Reichsschulkonferenz, der pädagogischen Osteragung des Bundes entschiedener Schulreformer im Herrenhause zu Berlin, die einen so ausgezeichneten Verlauf genommen hat, sollen in Buchform unter dem Titel „Neue Erziehung“, herausgegeben von Dr. Fritz Karfn, erscheinen. Jeder, der das Buch zum Vorzugspreis bestellen will, wird gebeten, alsbald Herrn Oberlehrer Arno Wagner, Berlin-Wilmersdorf, Scheidestraße 15, mitzuteilen, wieviele Exemplare er zu erhalten wünscht.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann, Verlag für sozialistische Lebenskultur, Kottbus, 1920, Nr. 2. Inhalt: Naturähnlichkeit, Sozialismus, Der Herr der Welt. Der gewerkschaftliche Kampf zur Ethiklichkeit und Schönheit. Gemüt und Leben: Wenn der Frühling kommt. Der politische Kampf. Bezahles Menschentum. Arbeit und Liebe. Jugend. Religion und Leben. — Die Nummern 1 bis 3 kosten 1,50 M.

